

Kreishaus  
Am Rübezahlwald 7  
51469 Bergisch Gladbach

Tel. 02204 29 19 114  
Mobil 01573 55 21 584  
Fax 02204 40 44 49  
Mail [die-linke.kt-rbk@gmx.de](mailto:die-linke.kt-rbk@gmx.de)

## Haushaltsrede 2023 - bezüglich des Haushaltes 2024

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages, der Verwaltung, der Presse und Gäste des  
heutigen Kreistages!

Schon bei meiner letzten Haushaltsrede nahm ich Bezug auf die vielen Krisen der letzten Jahre. Es scheint, als würden diese Krisen immer mehr Fahrt aufnehmen, egal ob sie auf der globalen Ebene, der nationalen Ebene oder hier vor Ort stattfinden. Die Auswirkungen bekommen wir alle zu spüren:

Die Steigerung der Energiekosten und die hohe Inflation ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg, damit verbunden steigende Zinsen und hohe Kassenkredite auf allen politischen, wirtschaftlichen und privaten Ebenen.  
Dazu eine chaotische Bundesregierung, die auf der einen Seite versucht die katastrophale Klimapolitik der Vorgänger Regierungen zu beseitigen, und auf der anderen Seite den Fokus auf die Schuldenbremse legt. Hinzu kommt das Milliarden Haushaltsloch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Ich könnte noch viele globale und Nationale Ereignisse aufführen, allein bleibt die Tatsache, dass wir hier vor Ort im Kreis und in den angehörigen Kommunen die Auswirkungen politisch und wirtschaftlich spüren werden. Wenngleich wir auch selbst einige Krisen allein bewältigen müssen.

- Hier seien die Nachwirkungen des Starkregenereignisses genannt.
- Das Finanzierungsrisiko im ÖPNV und damit verbunden die Frage: „Bleibt das Deutschlandticket erhalten?“ und was kommt danach.
- Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, nicht nur in Köln, sondern auch bei uns. So finden z. B. junge Menschen, die in Ausbildung sind und im Kreis ansässig bleiben wollen, keinen bezahlbaren Wohnraum, es gibt ihn einfach nicht. Aber auch für Familien sieht es nicht besser aus, weder für Geringverdiener noch für Familien mit einem relativ guten Einkommen. Es gibt zu wenig Wohnungen vor Ort. Selbst das „Häusle“ bauen ist für die meisten Menschen vor Ort keine Alternative mehr, weil die Preise für den Kauf und die Kredite zur Finanzierung weiterhin explodieren.
- Überall fehlen KiTa-Plätze. Es können keine neuen Plätze eingerichtet werden, weil der Raum und das Personal fehlen. Hinzu kommt, dass die Träger der Einrichtungen nicht auskömmlich finanziert werden und zum Teil vor dem Bankrott stehen.

- In der Pflege sieht es nicht anders aus. Auch hier fehlt es an Personal und der Refinanzierung der erbrachten Leistungen, gerade in der häuslichen Pflege.
- Und zu guter Letzt droht nun noch ein Rechtsstreit mit den Kommunen, anstatt dass Landkreis und Kommunen Seite an Seite stehen und gemeinsam die Misere, die uns Land und Bund eingebrockt haben, anzugehen.

Der Bund bringt Gesetze auf den Weg. Im Grunde gute Gesetze z. B. der Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz.

Aber ist es deshalb nicht an der Zeit, dass die Kommunen einen höheren Anteil von den Gemeinschaftssteuern zustehen sollte? Laut Bundesamt für Finanzen vom März 22 teilen sich Bund und Land hälftig die Körperschaftsteuer. Die Gemeinden erhalten nichts davon. Von der Lohn- und Einkommensteuer nehmen sich Bund und Land je 42,5% für die Gemeinden sind 15% vorgesehen.

Die Umsatzsteuer geht mit 45,1% an den Bund, mit 51,2% an das Land und mit 3,7% an die Gemeinden.

Die Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungsverträgen gehen zu je 44% an Bund und Land und zu 12% an die Gemeinden.

Ist es jetzt nicht allerhöchste Zeit zusammen zu stehen und gemeinsam die Probleme anzugehen? Letztendlich sind wir alle voneinander abhängig: Kommunen, Landkreise, die Länder und der Bund.

Deshalb fordern wir DIE LINKE den Landrat und alle politischen Gremien im Kreis und in den Kommunen auf, **gemeinsam** an einer besseren Finanzierung der Kommunen zu arbeiten. Sich auszutauschen und Absprachen zu treffen, Strukturen zu schaffen, die transparent und auch für die Bürger erkennbar die Gemeinsamkeit aufzeigen.

Für uns DIE LINKE im Rheinisch Bergischen Kreis sind diese Forderungen die einzige Möglichkeit, dem Populismus von rechts, der auf Hass, Hetze und Unfrieden setzt entgegenzuwirken.

Lassen Sie uns deshalb **gemeinsam die Probleme vor Ort angehen**.

Dem aufgestellten Haushalt stimmen wir zu, weil er uns im Rahmen der Möglichkeiten unseres Kreises stimmig scheint.